

HAE, 3.7.98

# „Wir fühlen uns vom Land verschaukelt“

## Der Runde Tisch um Giftmülldeponie Münchehagen ist offenbar gescheitert

VON MARGIT KAUFENBERG

Hannover. Sechseinhalb Jahre lang haben sie an einem Tisch gesessen und diskutiert. Vertreter des Landes, Kommunen, Bürgerinitiativen und besorgte Anwohner versuchten gemeinsam, einen Weg zur Sicherung der stillgelegten Sondermülldeponie Münchehagen bei Nienburg zu finden. Als das sogenannte Mediationsverfahren 1992 unter der rot-grünen Regierung begann, waren die Erwartungen groß. Die einst illegal betriebene Deponie, in der knapp 500 000 Tonnen Sonderabfälle, darunter das Seveso-Gift Dioxin, lagern, sollte nach dem Stand der Technik saniert werden. Doch am Ende ist das Ergebnis mager: Nach den langwierigen und zermürbenden Diskussionsrunden kommt es nicht zu dem erwarteten Kompromiß. Der Runde Tisch in Münchehagen ist offenbar gescheitert. Die Landesregierung wirft den Bürgerinitiativen und Kommunen überzogene Forderungen vor, die Anwohner fühlen sich vom Land betrogen.

Obwohl sich noch im Oktober vergangenen Jahres alle Beteiligten einig waren über die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen,

die Giftmülldeponie, hat das Land in letzter Minute einen Rückzieher gemacht. Zwar sollen die Polder, wie im Vermittlungsausschuß verabredet, nach oben und zur Seite hin abgedichtet werden. Einer Kernforderung der Anwohner will das Land jedoch vorerst nicht nachkommen: Die sogenannte hydraulische Wasserhaltung sei nicht erforderlich, beschloß das Kabinett vor kurzem überraschend.

„Gutachten haben gezeigt, daß sich die Schadstoffe viel langsamer im Grundwasser ausbreiten als bislang angenommen“, begründet Klaus Eggerking, kommissarischer Leiter der Abfallabteilung im Umweltministerium die Entscheidung. Die Landesämter für Ökologie und Bodenforschung seien sogar zu dem Schluß gekommen, es reiche, die Oberfläche der Gruben abzudichten.

Nach Ansicht Eggerking's ist es nicht erforderlich, ständig Wasser aus den bis zu 30 Meter tiefen

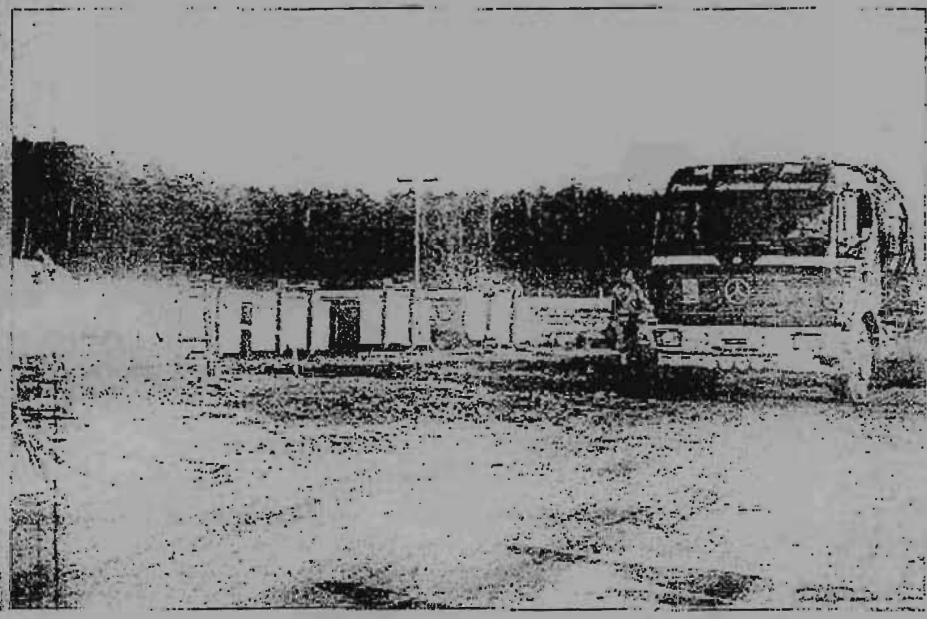
Münchehagen auszuheben, bei weitem nicht so hoch, wie das von anderen Altlasten im Lande. Als Beispiel nennt der Abfallfachmann den Osnabrücker Stadtteil Wüste. Dort wohnen Hunderte von Menschen auf einer gefährlichen Altlast.

Bei den Bürgerinitiativen und den betroffenen Kommunen ist die Empörung groß. Sie fühlen sich von der Landesregierung verschaukelt. „Wir haben jahrelang am Runde Tisch diskutiert und waren uns am Ende mit dem Umweltministerium und den Fachbehörden einig, daß es ein komplettes Sicherungspaket mit Oberflächenabdeckung, seitlicher Abdichtung und hydraulischer Wasserhaltung geben soll“, sagt Dieter Hüsemann, Stadtdirektor von Rehburg-Loccum. Noch im Oktober habe Umweltministerin Monika Griefahn

die Bürgerinitiativen benachrichtigt, daß aus den Poldern Dioxine austreten. Sie sehen sich durch die jüngste Messung des Umweltaamtes München bestätigt. „Zum ersten Mal hat eine Behörde nachgewiesen, daß es in der Deponie eine Dioxinquelle gibt“, sagt Heinrich Bredemeier, Leiter des Bürgerbüros Münchehagen. Die Werte seien kein Grund zur Besorgnis, erwidert das Umweltministerium. Die Behörde habe eine Methode angewandt, die nicht repräsentativ sei. Die auf den Wiesen und Äckern um Münchehagen gemessene Dioxin-Belastung wird vom Landesamt für Ökologie auf Staubpartikel zurückgeführt, die beim früheren Deponiebetrieb dorthin geweht worden seien.

„Wir müssen den Weg der Gifte aus der Deponie verstopfen“, fordert hingegen Bredemeier.

Dies sei nur möglich, indem der Wasserspiegel in den Poldern abgesenkt werde. Doch das sei dem Land zu teuer. Die im Haushalt eingeplanten 150 Millionen Mark für die Deponie-Sicherung, wolle man vermutlich nicht mehr ausgeben. Die jetzt vorgeschlagene Lösung kostet das Land nur rund 7 Millionen Mark. Bredemeier sagt, gebe es noch andere gefährliche Altlasten. Doch Münchehagen sei ein Sonderfall. Dort lagere Müll mit dem höchsten Gehalt an Seveso-Dioxin, der je gemessen wurde. Und die Schuld daran trügen immerhin Landesbehörden, die der „Schweinierei“ damals tatenlos zugesehen hätten. „Und gerade die wollen sich jetzt über die Verantwortung stellen“.



In Tanklastwagen wird mit Schadstoffen verseuchtes Sickerwasser der Deponie zu einer Kläranlage gefahren.

im Landtag dieses Konzept angekündigt. Da sei es schon ein Schlag ins Gesicht aller am Runde Tisch Beteiligten, wenn das Kabinett plötzlich über ihre Köpfe hinweg etwas anderes beschließe. „Das Mediationsverfahren ist damit gescheitert“.

Immerhin könne man jetzt darauf hoffen, daß die Oberflächenabdeckung rasch umgesetzt werde, räumt der Stadtdirektor ein, der im Konflikt um Münchehagen eng mit den Bürgerinitiativen zusammenarbeitet. Das Mediationsverfahren habe sich erheblich in die Länge gezogen, „aber wir wollten schließlich das Optimum herausholen“. Die betroffenen Kommunen – neben Rehburg-Loccum die Gemeinde Niedernwöhren und die Stadt Petershagen

halten an Seveso-Dioxin, der je gemessen wurde. Und die Schuld daran trügen immerhin Landesbehörden, die der „Schweinierei“ damals tatenlos zugesehen hätten. „Und gerade die wollen sich jetzt über die Verantwortung stellen“.

Der nicht enden wollende Streit um die Deponie Münchehagen wirft auch auf das von Ministerin Griefahn als zukunftsweisend gepriesene Mediationsverfahren kein gutes Licht. „Da wird mühselig debattiert, viel Geld ausgegeben und am Ende kommt nichts dabei heraus“, bemängelt Georg Schirrmack, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Das angebliche „Modellprojekt Münchehagen“ sei daher in doppelter Hinsicht gescheitert.